

Pressespiegel



Bruchsal

BNN Bruchsal
BNN Bretten
BNN Kreisseite
Brettener Woche
Kurier

Pforzheimer Zeitung
Mühlacker Tageblatt
Handelsblatt
IHK
Wochenblatt

Datum: 30.04.2007

„Forderung ist gerechtfertigt“

Delegiertentreffen der IG Metall: Regelung für Altersausstieg

Bruchsal (hüb). „Die Wachstumsaussichten der Wirtschaft sind heute glänzend, Lohnzurückhaltung ist nicht mehr angebracht.“ So stimmte der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Bruchsal, Eberhard Schneider, die Delegierten auf die aktuelle Lohnrunde ein. „Nach derzeitiger Kassenlage“, führte Schneider aus, „ist unsere Forderung von 6,5 Prozent mehr in der Lohntüte durchaus gerechtfertigt.“ Über 60 Prozent der gesamten Nachfrage entstünden bei den privaten Haushalten. Stiegen die Einkommen, könnte mehr ausgegeben werden, was auch der Wirtschaft zugute käme. Vor diesem Hintergrund würde das Angebot der Arbeitgeber von 2,5 Prozent plus einen Konjunkturbonus von 0,5 Prozent infolge der „hervorragenden Lage der Metall- und Elektroindustrie“ nicht gerecht und könnte daher nicht akzeptiert werden, zumal die Bonuszahlung im nächste Jahr auf Null zurück fiel. Auch die Flexibilisierung des Weihnachtsgeldes von plus/minus 13 Prozent mit einer Laufzeit von fünf Jahren könnte nicht hingenommen werden.

Letztlich bedeuteten Einmalbeträge die Abkehr von einer an gesamtwirtschaftlicher Pro-

duktivität und Inflation ausgerichteten Lohnpolitik, hieß es. Bislang habe die IG Metall eine an wirtschaftlichen Fakten orientierte, verlässliche Tarifpolitik betrieben. Komme es zu keiner Einigung, müssten Warnstreiks und Urabstimmungen mit nachfolgenden Streiks den Forderungen Nachdruck verleihen.

Schneider ging nicht nur auf die Tarifrunde ein, sondern auch auf andere für die Arbeitnehmer wichtige Themen. Dringend müssten tarifliche Regelungen für einen vorzeitigen Altersausstieg gefunden werden. Neue flexible Übergangsmodele in die Rente müssten geschaffen werden. Die Aufgabe der Politik sei es, dafür langfristig verlässliche Rahmenbedingungen zu erarbeiten. Hinzuverdienstmöglichkeiten müssen verbessert, der Zugang zu Erwerbsminderungsrenten erleichtert werden.

Die Bundesagentur für Arbeit müsse, so die Metallgewerkschaft, gleitende Übergänge auch über 2009 hinaus fördern. Notwendig sei eine Förderung bei der Integration von unter 25-Jährigen und über 50-Jährigen. Für langjährig Versicherte sollte der Rentenzugang schon bei 62 und bei der Teilrente bei 60 Jahren möglich sein.